



Zukunftsprojekte im Haushalt verankert

Mit der Einbringung des Bundeshaushalts 2021 beginnt ein Höhepunkt der Parlamentsarbeit. Vier Tage lang beraten die Abgeordneten den Bundeshaushalt 2021 - eine Mammutaufgabe, die ganz im Zeichen der Corona-Krise steht. Um die Folgen der Pandemie für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern, weitet der Bund seine Investitionen und seine Sozialleistungen gleichermaßen aus.

Das Gesamtpaket, das erstmals im Bundestag beraten wird, ist beeindruckend: Insgesamt umfasst der Haushaltsplan rund 413 Milliarden Euro, wobei der Löwenanteil mit knapp 211 Milliarden Euro auf die Sozialausgaben entfällt. Insbesondere werden die Sozialversicherungen finanziell stabilisiert, um die Beiträge für die Versicherten konstant zu halten.

Fest steht: Die Rahmenbedingungen für das Zahlenwerk sind äußerst schwierig. Infolge der Corona-Pandemie gehen erhebliche Steuerausfälle mit einbrechenden Exporten und einem geringeren Bruttoinlandsprodukt einher. Die grundsätzliche Linie lautet für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion daher: Damit Deutschland stärker aus der Krise herauskommt als es hineingeriet, muss der Bund in dieser Phase nicht nur in moderne Infrastruktur, sondern besonders in zukunftsfähige Technologien, Bildung und Forschung investieren. Insgesamt belaufen sich die Investitionsausgaben nach jetzigem Stand auf rund 55 Milliarden Euro.

Ganz oben auf der Liste stehen Investitionen in Künstliche Intelligenz, Wasserstofftechnologie, in Quantencomputing und nicht zuletzt in den neuen Mobilfunkstandard 5G. Außerdem soll die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und ein verstärkter Ausbau der Kindertagesstätten auf den Weg gebracht werden; ebenso der Bau von neuen Straßen und Schienen. Angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie erhält der Gesundheitsfonds fünf Milliarden Euro mehr als ursprünglich geplant. Erhöht werden zudem der Etat des Bundesministeriums der Verteidigung (insgesamt knapp 47 Milliarden Euro) und die ODA-Ausgaben (auf rund 19 Milliarden Euro).

Unvermeidlich ist in dieser Situation, nochmals die Sonderregelung der Schuldenbremse zu nutzen und nach aktuellem Stand rund 96 Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen. Nichtsdestotrotz dringt die Unionsfraktion auf eine möglichst rasche Reduzierung der Neuverschuldung verbunden mit einer Rückkehr zur normalen Schuldenbremsenregelung. Fraktionschef Ralph Brinkhaus spricht in diesem Zusammenhang „vom süßen Gift der Verschuldung“ zu Lasten kommender Generationen. Um gestärkt aus der Pandemie hervorgehen zu können, gebe es, so der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, eine Eigenschaft, die besonders wichtig ist: „Wir können als Staat nur erfolgreich sein, wenn wir auf Innovation und Kreativität setzen. Dafür brauchen wir Mut. Mut, zuerst an die Chancen zu denken, die durch digitale Bildung oder mobiles Arbeiten entstehen. Wir brauchen mehr Macher und weniger Bedenkenträger!

Im Mittelpunkt der viertägigen Beratungen steht neben der Haushaltseinbringung am gestrigen Dienstag die Generaldebatte am heutigen Mittwoch. Diese wird traditionell für einen grundsätzlichen Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition genutzt. Am Freitag soll das Haushaltsgesetz mit seinen Einzelplänen schließlich in den Haushaltsausschuss überwiesen werden. Die zweite und dritte Lesung wird vom 8. bis 11. Dezember 2020 stattfinden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



in dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt 2021 in erster Lesung beraten. Auch dabei stellt uns die Corona-Pandemie vor größte Herausforderungen. Für das kommende Jahr wird erneut eine

hohe Nettokreditaufnahme erforderlich sein.

Umso wichtiger sind jetzt die richtigen Prioritäten. Als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Arbeitsgruppe für Verkehr habe ich in meiner Plenarrede betont, dass unser Ziel für die Haushalts- und Finanzplanung ein flächendeckendes, effizientes und emissionsparendes Verkehrsnetz sein muss. Vor diesem Hintergrund begrüße ich, dass die Verkehrsinvestitionslinie in 2021 weiter steigen wird: Insgesamt 18,5 Milliarden Euro für Investitionen im Verkehrsbereich - das ist ein Rekordetat!

Dieser Mittelaufwuchs wird vor allem der Schiene zu Gute kommen: Der Regierungsentwurf sieht allein 8,5 Milliarden Euro für die Bundesschienenwege vor. Diese Schwerpunktlegung auf die Schiene ist richtig und wichtig. Besser verknüpfte Bahnanschlüsse und ein barrierefreier Zugang werden so konsequent vorangetrieben. Der aktuelle Regierungsentwurf sieht unter anderem rund 700 Millionen Euro für die Digitalisierung der Schienen vor. Dieser Mittelansatz ist nahezu doppelt so hoch wie noch in 2020 und zielt auf eine bessere Vertaktung in Deutschland und Europa ab - Damit fahren unsere Züge in Zukunft noch öfter und auch reibungsloser! Neben umfangreichen Mitteln für die Schienen-, Straßen- und Wasserwege, sind überdies Förderprogramme für alternative Antriebe vorgesehen sowie weitere Mittel in Milliardenhöhe für den flächendeckenden Breitbandausbau. In den kommenden Wochen werde ich mich insbesondere für eine schnellere Sanierung der Wasserstraßen sowie die Handlungsfähigkeit der Autobahn GmbH einsetzen.

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Digitales Fachgespräch mit Vertretern der Bauindustrie
- Diskussion der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe mit dem Botschafter Litauens, S. E. Darius Jonas Semaška
- Sitzung des Untersuchungsausschuss Maut

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters, einen schönen Feiertag und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB

Wichtiger Schritt für ergebnisoffene Endlagersuche

Zwischenbericht grenzt geeignete Standortregionen ein



Am Montag hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den „Zwischenbericht Teilgebiete“ öffentlich vorgestellt. Dazu erklären die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Marie-Luise Dött, und der zuständige Berichterstatter Karsten Möring:

Marie-Luise Dött: „Durch den Zwischenbericht Teilgebiete erhält die bislang weiße Landkarte erstmals graue Flecken. Gebiete, die die gesetzlich festgelegten geologischen Kriterien nicht einhalten, werden in der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle nicht mehr berücksichtigt. In den verbleibenden Regionen werden nun die Diskussionen über ein mögliches Endlager vor der eigenen Haustür beginnen. Ich rate zu Besonnenheit und werbe für Vertrauen in das transparente Verfahren, das der Deutsche Bundestag seinerzeit mit einer breiten Mehrheit beschlossen hat. Mit dem Zwischenbericht ist nun ein erster Schritt getan, viele weitere werden noch folgen. Die Union steht zu dem wissenschaftsbasierten Ansatz, der uns zum bestmöglichen Standort führen wird.“

Karsten Möring: „Transparenz und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sind die entscheidenden Faktoren für eine erfolgreiche Endlagersuche. Das garantiert das jetzige Verfahren. Die Sorgen der Menschen vor Ort nehmen wir sehr ernst. Deshalb rufen wir nachdrücklich dazu auf, sich an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Die von den verschiedenen Akteuren angebotenen Informationsmaterialien können sicherlich auch zu mehr Verständnis für den Auswahlprozess führen. Unsere Gesellschaft hat sich mit einer breiten Mehrheit für den Ausstieg aus der Kernenergie entschlossen, daher müssen wir auch die Endlagersuche in einem gesamtgesellschaftlichen Konsens angehen.“

Fotos: Laurence Chaperon

Digitales Lernen schneller fördern

Schulgipfel erarbeitet Maßnahmenkatalog

Bei einem Treffen im Kanzleramt verabredeten die Bundesregierung und die Kultusminister aus 14 Ländern weitere Schritte zur Stärkung des Schulsystems in der Corona-Pandemie. Auf diesem Schulgipfel wurde deutlich, dass Bund und Länder entschlossen sind, eine erneute flächendeckende Schließung der Schulen nach Möglichkeit zu verhindern.

Zudem verabredete man insgesamt sieben Maßnahmen, um das digitale Lernen weiter zu fördern. Dies umfasst: einen von der Kultusministerkonferenz erarbeiteten einheitlichen Rahmen für die schulischen Infektionsschutzmaßnahmen (1); einen zügigen weiteren Ausbau der Glasfaser-Internetanbindung für alle Schulen (2); die Ausstattung aller Lehrkräfte und - bei Bedarf - von Kindern mit geeigneten Endgeräten, beides aus Mitteln des vom Bund um zweimal 500 Millionen Euro erweiterten „Digitalpakts Schule“(3).

Außerdem geht es um eine Beteiligung des Bundes an Ausbildung und Finanzierung technischer Administratoren der digitalen Infrastruktur der Schulen in Höhe von 500 Millionen Euro (4); die Bildung von Kompetenzzentren für digitales und digital gestütztes Unterrichten, die Schulen vor Ort bei Medienkonzepten und digitalen Schulentwicklungsplänen beraten (5); die schrittweise Entwicklung einer Bildungsplattform durch den Bund, u.a. zur Vernetzung zwischen den bestehenden Systemen der Länder, mit dem Ziel der Bereitstellung von Bildungsinhalten in allen Bildungsbereichen (6) sowie qualitativ hochwertige digitale Bildungsmedien, insbesondere Open Educational Resources, und die Entwicklung intelligenter tutorieller Systeme (7).

Der Bund packt an den wichtigen Punkten der digitalen Bildung mit an. Das Milliardenpaket steht bereit, jetzt braucht es allerdings eine substanziell höhere Verbindlichkeit und ein Abfluss der Mittel bis Mitte 2021. Länder, Kommunen und Schulträger müssen mit dieser großen finanziellen und strukturellen Unterstützung verantwortlich umgehen, so die Unionsfraktion. Das heißt: Das Geld schnell und zielgerichtet ins System Schule verteilen und dabei einen echten Kurswechsel herbeiführen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 14/2020,
30. September 2020

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck